12.12.2016

HH-Rede zum Kreistag am 12.12.2016 von Kai Dolgner

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

der Kreishaushalt befindet sich eigentlich in sehr guter Verfassung. Hätten wir die Zahlen des letzten Jahres inklusive des 10-Jahres-Sanierungsprogramms für unsere Kreisstraßen einfach fortgeschrieben, dann würden wir heute einen Haushalt mit einem Überschuss von ca. 13,5 Mio. abschließen.

Davon hat der Landrat schon mal 11,8 Mio. für das Sonderprogramm Kreisstraßen, eigentlich ja ein Sondersonderprogramm, abgezwackt, 1,15 Mio. sollen für zusätzliches Personal, 2 Mio. für die KiTas und 650.000 für zusätzliche Maßnahmen z. B. bei den Tagespflegepersonen zur Verfügung gestellt werden, so dass wir in die heutigen Beratungen mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 2 Mio. starten.

Beginnen wir mit den Schwarzdecken: Mir ist das Klagelied, dass die SPD-Fraktion nicht zusätzlich 11,8 Mio. sondern „nur“ 7,4 Mio. zusätzlich in Schwarzdecken und Radwege stecken will, völlig unverständlich.

Im Haushalt 2013, übrigens unter fester schwarzgelber Mehrheit, waren nur 1,3 Mio. Euro für die Schwarzdecken eingeplant. Seit dem Haushalt 2015 fahren wir bereits ein 10-Jahres-Sonderprogramm, und wir haben den Haushaltsansatz auf rund 4 Mio. verdreifacht. Jetzt schlägt der Landrat eine nochmalige Erhöhung auf 14,4 Mio. vor.

Wir wollen nur auf 10 Millionen erhöhen, weil nach unserer Auffassung der Kreis auch noch andere wichtige Aufgaben hat.

Und nun ist also der große Jammerpunkt, dass die SPD meint, eine Verzwölffachung seit 2013 sei doch etwas übertrieben und eine Verachtfachung reiche völlig aus.

Gleichzeitig wollen Sie zum Beispiel beim ÖPNV kürzen. Wir sparen bei der Ausschreibung des Stadtverkehrs Rendsburg 950.000 Euro. Davon wollen Sie 750.000 Euro dem allgemeinen Haushalt zuführen und nur 200.000 dem ÖPNV lassen.

Ich verstehe es nicht. Bei der Abstimmung über die Stadtregionalbahn vor zwei Jahren haben Sie hier noch das hohe Lied auf den Busverkehr gesungen.

Bemerken Sie eigentlich ihre eigenen Widersprüche nicht?

Stattdessen verweisen Sie im Hauptausschuss auf die eingefrorenen Regionalisierungsmittel. Nun hat das Land damit auch eine Menge für den Schienennahverkehr im Kreis getan. Ich verweise nur auf die neuen Haltepunkte Schülldorf, Bredenbek, Achterwehr, Melsdorf und Kronshagen. Aus kommunaler Sicht ist die Deckelung aber natürlich bedauerlich und ich kann mir ob des Angriffs der CDU im Hauptausschuss die Bemerkung nicht verkneifen, dass das unter 4 CDU-Verkehrsministern und 5 schwarzgelben Landtagsabgeordneten im Kreistag auch nicht anders war.

Die jetzt mit dem Bund vereinbarte Erhöhung beträgt 1,8 %, das wären auf den Kreis runtergebrochen ca. 80.000 Euro.

Wissen Sie was, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wir ziehen diese 80.000 Euro von den gekürzten 950.000 ab, verzichten auf innovative Projekte wie Bürgerbusse und die Förderung barrierefreier Haltestellen. Dann einigen wir uns darauf, dass wir gemeinsam 870.000 Euro für die Verbesserung des ÖPNV einstellen….

Selbst wenn der ÖPNV die Mittel selbst erwirtschaftet und wir die entgangene Steigerung bei den Regionalisierungsmitteln abziehen, wollen Sie dem ÖPNV 670.000 Euro entziehen. Damit verkommt Ihr Bekenntnis zum Busverkehr bei der Ablehnung der Stadtregionalbahn zum Lippenbekenntnis. In Wirklichkeit tun Sie für den Individualverkehr alles, was möglich ist, und für den ÖPNV nur das, was unbedingt nötig ist.

Und wo ich gerade beim Busverkehr bin, komme ich zum Thema Schülerbeförderung. Sicher können wir uns trefflich über die 6 km-Grenze streiten. Ich kann mich noch gut an einen langen Vortrag unseres grünen Kollegen Norbert Schildbach mit dem Bild des mit dem Fahrrad gegen die Schneemassen ankämpfenden Dreizehnjährigen erinnern.

Heute hat sich das Bild gedreht, wenn ich die Abstimmung im Hauptausschuss als Signal werten darf; im Südkreis durch Schneemassen bedrohte Teenager scheinen bei den Kollegen von den Grünen nicht mehr die entscheidende Rolle zu spielen.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass wir die damals tatsächlich aus Sparzwängen getroffene Entscheidung heute revidieren können und sollten.

Apropos Sparzwänge: Ab wann sind wir eigentlich nicht mehr gezwungen, den Eltern mit hohem bürokratischen Aufwand Geld für die Schülerbeförderung abzuknöpfen? Inzwischen sind die Einnahmen auf 300.000 gesunken und der finanzielle Spielraum ist auf eine zweistellige Millionensumme gestiegen.

Liebe Kollegen, ab welchen freien Finanzspielraum bestehen Sie denn nicht mehr darauf, die Eltern für den Schulbesuch ihrer Sprösslinge zur Kasse zu bitten? Vermutlich würden Sie auch bei 100 Mio. immer noch einen Grund finden. Wer bei dieser guten Haushaltslage die Eltern nicht entlastet, der wird es nie tun.

Kommen wir zum Wiedereinstieg in den kommunalen Wohnungsbau. Ja, der Verkauf der Kreissiedlungsgesellschaft war der von uns vorhergesagte Fehler. Die damaligen Verluste lagen am Missmanagement und Schlimmeren. Nach der Übernahme durch unsere WfG war sie wieder auf dem Weg in die schwarzen Zahlen, deshalb konnte sie der erste Investor ja auch mit dreifachem Gewinn nach kurzer Zeit wiederverkaufen.

Ich habe heute einmal die Webseite der Kreissiedlungsgesellschaft gecheckt. Ganze 12 Wohnungen sind da noch frei, also faktisch Vollbelegung, nur dass die damit verbundenen Gewinne aus ehemals öffentlich gebauter Substanz jetzt halt in private Taschen fließen.

Aber es geht ja in der Hauptsache nicht nur um entgangenen Gewinn, auch wenn das schon fiskalisch bedauerlich ist.

In Schleswig-Holstein fehlen bis 2030 ca. 100.000 Wohnungen, bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und alle Prognosen der Vergangenheit haben sich als zu niedrig erwiesen. Wir bezahlen die Verknappung übrigens ordentlich mit, da wir der Kostenträger für die Kosten der Unterkunft sind. Eigentlich müssten wir der Stadt Eckernförde jedes Jahr eine Dankeskarte schicken. Die Kosten der Unterkunft sind in Eckernförde für uns nur noch bezahlbar, weil Eckernförde seine Wohnungsbaugesellschaft halt nicht verscherbelt hat.

Die CDU meinte ja im letzten Hauptausschuss, die Knappheit läge an der Landesplanung. Abgesehen davon, dass sich die Landesplanung ja immer als Sündenbock eignet, stammt der aktuelle Wachstumsrahmen noch vom damaligen CDU-Innenminister Schlie. Ich habe mir einmal die aktuellen Zahlen herausgesucht. In einer einzigen Gemeinde wurde der vorgegebene Rahmen erst ausgeschöpft, das kann also nicht der Grund sein.

Auch der zunächst scheinbar logische Hinweis, dass jede privat gebaute Wohnung im oberen Preissegment durch entsprechende Ketteneffekte letztlich eine bezahlbare Wohnung mehr bedeute, verfängt nicht, da hier das Lokalisationsproblem ausgeblendet wird. Was nützt es der alleinerziehenden Verkäuferin im Kieler Umland, wenn ein Mittelschichtsseniorenpaar ihr Haus auf dem Dorf verkauft und sich eine citynahe Komfortwohnung leistet? Soll die Verkäuferin im Gegenzug ins Dorf ziehen, fern von Arbeitsplatz und Kinderbetreuung?

Wir schlagen heute ja auch nicht die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft sondern lediglich eine Prüfung vor. Diese Prüfung muss aber Hand und Fuß haben.

Neben einer möglichst guten regionalen Bedarfsprognose gehört ja auch die Einwerbung von Fördermitteln und die Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells dazu.

Uns geht es nicht um den Rückkauf von alten Wohnungsbeständen, denn das würde keinen zusätzlichen Wohnraum schaffen, sondern um den Neubau von Wohnungen. Idealerweise sollten die Standortgemeinden sich beteiligen. Das hätte auch Vorteile bezüglich des gemeindlichen Planungsrechtes.

Ein solches Konzept ist aber nun mal nicht zum Nulltarif zu haben, deshalb warne ich eindringlich davor, einen Prüfauftrag an die WfG ohne finanziellen Spielraum zu geben.

Und zum Schluss noch ein paar Worte zu dem „Wahlkampf"-Vorwurf, weil es mich langsam ärgert, dass es offenbar immer mehr zum Totschlagargument wird, wenn man in der Sache nicht widersprechen kann oder will oder keine eigenen Ideen hat.

1. Zunächst einmal ist das für die SPD-Anträge nun wirklich albern, stehen unsere Anträge doch in der Tradition unser langjährigen Argumentationslinien.

Wir haben den Verkauf von öffentlichen Wohnungen schon immer für einen Fehler gehalten und das auch häufig wiederholt, der Wiedereinstieg, gerade in Zeiten absehbaren Wohnungsmangels, ist nur konsequent.

Dass wir für eine Entlastung der Eltern bei der Schülerbeförderung kämpfen, ist wahrlich nun auch nicht neu und dürfte niemanden überraschen, der in den letzten 10 Jahren die Kreistage verfolgt hat.

Den Schwerpunkt ÖPNV haben wir auch nicht erst gestern entdeckt, schließlich ist am Anfang der Wahlperiode der Regionalentwicklungsausschuss auf unsere Initiative hin entstanden und zusammen mit SSW, Grünen und Linken haben wir erstmals zusätzliche Mittel zur Verbesserung des ÖPNVs durchgesetzt. Ich erinnere auch an unsere 30 Änderungsanträge zum Nahverkehrsplan.

2. Als wohlfeiler Vorwurf klappt Wahlkampf natürlich immer. Irgendwelche Wahlen stehen ja immer im Raum und flugs kann man darüber sprechen, was Wahlkampf ist und was nicht und muss nicht mehr über die vielleicht unangenehme Sache sprechen. Modern nennt sich diese Technik „derailing".

Der Vorwurf zeigt aber ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie. Nur in Diktaturen gibt es keinen Wahlkampf.

Nicht die größtmögliche Harmonie, bis sich die Parteien nach außen hin gar nicht unterscheiden, ist der Grundgedanke der Demokratie, sondern der Wettbewerb der Ideen und Konzepte.

Wer diesen Wettbewerb entweder als Wahlkampf denunziert oder aus Bequemlichkeit ausweicht, macht nur die populistischen und extremen Kräfte stark.

Das gilt auch für Kreistage. Auch wenn wir hier keine Regierung und Opposition haben, ist das kein Freibrief, nicht hart in der Sache zu streiten oder gar den Streit an sich zu denunzieren, denn sonst könnten wir uns die gewählten Kreistage schenken.

Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die Kreistage eh für überflüssig halten.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen noch eine engagierte Debatte. Am Ende entscheidet wie immer die Mehrheit und ich habe so eine Ahnung, wie das heute ausgeht.
Aber wir werden hier jedes Jahr solange die Anträge stellen, die wir für die richtigen Lösungen halten, bis wir eine Mehrheit überzeugt haben oder die Mehrheit uns.